

DIE DEPORTATIONEN DER JUDEN IN DER ZEIT DES AUTONOMEN LANDES SLOWAKEI AM 4./5.11.1938

Von Eduard Nižňanský und Veronika Slneková

Das Münchener Diktat brachte für die Erste Tschechoslowakische Republik nicht nur eine große außenpolitische, sondern auch eine innenpolitische Wende. Infolge der Schwächung der tschechoslowakischen Zentralregierung konnten Hlinkas Slowakische Volkspartei und unter ihrem Druck auch die anderen slowakischen politischen Parteien – mit Ausnahme der Sozialdemokraten, Kommunisten und jüdischen Parteien – die Autonomie der Slowakei¹ am 6. 10. 1938 in Žilina proklamieren. Am folgenden Tag bestätigte der tschechoslowakische Premier Jan Syrový den slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Jozef Tiso in seinem Amt.

Die Tragödie der „Lösung“ der sogenannten jüdischen² Frage in der Slowakei wird allgemein mit dem Slowakischen Staat verbunden. Diese Studie soll zeigen, daß das Instrument der Deportation, das während der Existenz des Slowakischen Staates eingesetzt wurde, schon von der Regierung des autonomen Landes Slowakei angewandt worden war. Die historische Forschung hat sich bisher kaum mit diesem Vorgang beschäftigt. Weder in Synthesen zur slowakischen Geschichte oder zu der des 20. Jahrhunderts noch in Monographien, die den Jahren 1938/1939 gewidmet sind, finden sie Erwähnung. Lediglich in Untersuchungen, die sich direkt mit der Problematik der Juden in der Slowakei³ befassen, gibt es einige Hinweise. Aus den sechziger Jahren stammt eine Studie von Hans Bodensieck⁴, die sich allerdings vorwiegend mit der Situation in Böhmen während der Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik beschäftigt. In der Darstellung von Livia Rothkirchen „The Destruction of Slovak Jewry“⁵ finden sich einige knappe Bemerkungen über die Deportationen. Die Auto-

¹ Die Autonomie der Slowakei (offizieller Name: „Das autonome Land Slowakei“) bestand vom 6. 10. 1938 bis zum 14. 3. 1939.

² Insgesamt wurden nach dem Münchener Diktat in der Zweiten Tschechoslowakischen Republik 259 000 Glaubensjuden ermittelt. Von ihnen lebten 99 000 in Böhmen und Mähren-Schlesien; 87 000 in der Slowakei und 66 000 in Karpatho-Ruthenien (später Karpathen-Ukraine genannt). Die Mehrheit der Juden in der Slowakei lebte in den östlichen Kreisen. Vgl. dazu Bodensieck, Hans: Das Dritte Reich und die Lage der Juden in der Tschecho-Slowakei nach München. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9 (1961) 249f.

³ Im Standardwerk über die Judenverfolgung und Judenvernichtung von Raul Hilberg werden diese Vorgänge nicht erwähnt. Vgl. Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt/M. 1994, 766–794.

⁴ Bodensieck, Hans: Das Dritte Reich und die Lage der Juden in der Tschecho-Slowakei nach München. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9 (1961) 249–261.

⁵ Rothkirchen, Livia: The Destruction of Slovak Jewry. A Documentary History. Jerusalem 1961, xf. – Vgl. auch Rothkirchen, Livia: Slovakia 1918–1938. In: The Jews of Czechoslovakia. Historical studies and surveys. Bd. 2. Philadelphia 1968, 114f.

rin nimmt fälschlicherweise an, daß diese „Aktion“ in den alleinigen Verantwortungsbereich der Hlinka-Garde und der Freiwilligen Schutzstaffeln fiel. Peter Heumos veröffentlichte im Anhang seiner Studie „Flüchtlingslager, Hilfsorganisationen, Juden im Niemandsland“⁶ ein wichtiges Dokument über die Lage der Lagerinsassen von Miloslavov. Am intensivsten hat sich Ivan Kamenec in seinem Aufsatz „Die jüdische Frage und Methoden ihrer Lösung in der Zeit des autonomen Landes Slowakei“⁷ und, von dieser ausgehend, in seinem Buch „Auf der Spur der Tragödie“⁸ mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Einen kurzen Hinweis auf die November-Deportationen finden wir auch in der Arbeit „Die Juden im Slowakischen Staat“ von Ladislav Lipscher⁹. Im chronologischen Wörterbuch „Geschichte der Slowakei und der Slowaken“ von Milan S. Ďurica¹⁰ dagegen stehen falsche Angaben über die November-Ereignisse. Nicht einmal die in letzter Zeit erschienenen Memoiren von Politikern des Slowakischen Staates befassen sich mit der Problematik. Nur Pavol Čarnogurský erwähnt die Deportationen, hält sie jedoch für eine eigenverantwortliche Handlung der Hlinka-Garde¹¹, die als bewaffnete Truppe von Hlinkas Slowakischer Volkspartei (weiter HSĽS) eingerichtet worden war.

Die Grundlage dieser Studie bilden vor allem die archivalischen Dokumente des Slowakischen Nationalarchivs (Fond des Landesamtes, Fond des Präsidiums des Polizeidirektoriums, Fond des Wirtschaftsministeriums, Fond des Innenministeriums, Fond der Kanzlei des Ministerpräsidenten) und Forschungen in den Kreisarchiven Banská Bystrica, Martin, Nitra, Topoľčany und Trnava.

Die slowakische autonome Regierung hatte sich nach der Entstehung der autonomen Slowakei mit vielen Problemen auseinanderzusetzen. Auf außenpolitischem Gebiet waren dies hauptsächlich die Verhandlungen mit Ungarn¹², die im Ersten Wiener Schiedsspruch¹³ (2. 11. 1938) ihren Abschluß fanden. Daraus ist zu ersehen, daß

⁶ Heumos, Peter: Flüchtlingslager, Hilfsorganisationen, Juden im Niemandsland. Zur Flüchtlings- und Emigrationsproblematik in der Tschechoslowakei im Herbst 1938. BohZ 25 (1985) 245–275. – Vgl. auch den Bericht von Marie Schmolka, Leiterin der jüdischen Hilfsorganisation HICEM [Die Abkürzung HICEM ist zusammengesetzt aus den Abkürzungen HIAS (Hebrew Shelters and Immigration Aid Society), ICA (Jewish Colonisation Association) sowie „Emigration – Direction“, drei miteinander kooperierenden jüdisch-zionistischen Organisationen, E.N./V.S.] von Ende November 1938 (ohne Datum) an der britischen Botschaft in Prag.

⁷ Kamenec, Ivan: Židovská otázka a spôsoby jej riešenia za autonómie Slovenska [Die jüdische Frage und Methoden ihrer Lösung in der Zeit des autonomen Landes Slowakei]. Nové obzory 10 (1968) 155–180.

⁸ Kamenec, Ivan: Po stopách tragédie [Auf der Spur der Tragödie]. Bratislava 1991.

⁹ Lipscher, Ladislav: Die Juden im slowakischen Staat 1939–1945. München 1980, 18.

¹⁰ Ďurica, Milan S.: Dejiny Slovenska a Slovákov [Geschichte der Slowakei und der Slowaken]. Bratislava 1996, 139.

¹¹ Čarnogurský, Pavol: 6. Október 1938 [Der 6. Oktober 1938]. Bratislava 1993, 241 f.

¹² Nach dem Münchener Diktat sollte die tschechoslowakische Regierung Verhandlungen mit Polen und Ungarn über die „Grenzgebiete“ führen. Die Verhandlungen mit Ungarn begannen schon am 9. Oktober im Komárno (Komarom).

¹³ „Nach dem Vorliegen der ersten genauen Zahlen ergab die im Wiener Schiedsspruch der Tschecho-Slowakei auferlegte Gebietsabtretung einen Verlust von insgesamt 12 009 km² und 1 041 494 Personen; davon in der Slowakei 10 423 km² mit einer Gesamtbevölkerung von

die Frage der jüdischen Gemeinden nicht im Vordergrund stand. Jedoch sind bereits im Oktober 1938 erste Ausfälle gegen Juden in der Presse zu finden. Je näher die Entscheidung des Wiener Schiedsspruchs heranrückte, in dessen Folge die Slowakei ihre südlichen Gebiete an Ungarn abgeben mußte, desto häufiger erschienen in den Zeitungen¹⁴ Angriffe gegen Juden, in denen sie als proungarisch eingestellt¹⁵ gezeichnet wurden. Dazu äußerten sich damals auch einige führende Regierungsmitglieder und Vertreter der HSĽS. Ferdinand Ďurčanský erklärte während der Gespräche mit Hermann Göring am 16.–17.10.1938: „Das jüdische Problem wird ähnlich wie in Deutschland gelöst“¹⁶. Der Ministerpräsident der autonomen Regierung, Jozef Tiso, verhandelte im Oktober 1938 zweimal mit dem Außenminister des nationalsozialistischen Deutschland, Joachim von Ribbentrop, wobei sich Tiso während der am 25.10.1938 stattgefundenen zweiten Gesprächsrunde gegen die Teilnahme der Juden an einer eventuellen Volksabstimmung in den südlichen Gebieten der Slowakei aussprach¹⁷. Wirtschaftsminister Pavol Teplanský erklärte wiederum Ende Oktober in Hlohovec: „Bei Gewerbeunternehmen werden wir uns an die Losung halten: ‚Die Slowakei den Slowaken‘ [...] Die Regierung wird auf christlichen Fundamenten das Programm verwirklichen, in dem wir den Wohlstand und die Rettung unserer Nation erblicken. Wenn jemand mit zehn Löffeln ißt, werden ihm neun genommen. Die Juden müssen sich dessen bewußt werden, daß sie auf Kosten der Schwielen des slowakischen Volkes leben, und Gott behüte den, der sich dem Volk widersetzt.“¹⁸

In dieser hektischen Zeit, in der die erste außenpolitische Niederlage der Slowakei durch den Wiener Schiedsspruch bevorstand, kam es in Bratislava zu einer Demonstration. Am Abend des 1.11.1938 versammelten sich vor dem Hotel Carlton, in dem die ungarische Delimitationskommission untergebracht war, einige Hundert jüdischer Demonstranten. Diese vertraten proungarische Losungen und verteilten Flugblätter. Die Demonstration wurde von der Polizei sofort aufgelöst¹⁹. An der Entscheidung über die südliche Grenze der Slowakei konnte sie ohnehin nichts mehr ändern. Der Wiener Schiedsspruch war bereits unterschriftsreif, die Unterzeichnung erfolgte am nächsten Tag. Die Demonstration wurde jedoch vom autonomen Regime

859 885 Einwohnern, 276 287 Slowaken, 505 808 Ungarn, 26 181 Juden, 8 967 Deutschen und 1829 Ruthenen“. Hoensch, Jörg, K.: Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei. Tübingen 1967, 189.

¹⁴ Vgl. Stredoslovenské noviny vom 21.10.1938. – Podtatranský kraj vom 28.10.1938. – Slovenská pravda vom 1.11.1938.

¹⁵ Von ungarischer Seite wurden die Juden wiederum entgegengesetzter Absichten verdächtigt. Im Telegramm des ungarischen Gesandten in Prag vom 1.10.1938 an die Zentrale in Budapest hieß es: „Die oberländischen Juden entfalten eine starke Propaganda für die Tschechoslowakei.“ Zit. nach Lipscher: Die Juden 17f.

¹⁶ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Bd. 4: Die Nachwirkungen von München. Oktober 1938 – März 1939. Baden-Baden 1960, 76.

¹⁷ Tiso: „[...] Das angebotene Plebiszit könnten wir unter der Bedingung akzeptieren, daß die jüdische Bevölkerung von der Teilnahme ausgeschlossen würde.“ Vgl. ebenda 100.

¹⁸ Slovák vom 25.10.1938 (übersetzt von E.N./V.S.).

¹⁹ Slovenský národný archív, Fond ministerstva vnútra, Karton 3, 523/38 [Slowakisches Nationalarchiv, Fond Innenministerium, Karton 3, 523/38 weiter SNA, Fond IM].

für antijüdische Propaganda mißbraucht²⁰. Nach der Unterzeichnung des Wiener Schiedsspruchs, der für die Slowakei große Gebietsverluste beinhaltete, kam es in Bratislava und außerhalb zu antijüdischen Demonstrationen, bei denen Fenster jüdischer Wohnungen und Geschäfte zertrümmert wurden²¹. In den Zeitungen wurden antijüdische Artikel publiziert²².

Die autonome slowakische Regierung entschied sich in dieser Situation für ein äußerst scharfes und in dieser Form unerwartetes Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung. In der Literatur wurde bisher der Beginn dieser Aktion auf den 4. 11. 1938 datiert²³. Unserer Meinung nach ist er jedoch schon auf den 2. 11. 1938 anzusetzen, als nämlich das Landesamt die Anweisung gab, die Evakuierung der Juden aus den an Ungarn abzutretenden Gebieten zu verhindern. Darin wurde wörtlich ausgeführt: „[...] Was die Juden angeht, ist die Maßnahme zu treffen, daß sie bei Abgabe der ungarischen Gebiete am Ort verbleiben und ihre Evakuierung oder die Ausreise in andere Gebiete, die nicht abzutreten sind, verhindert wird“²⁴. Damit wurde es den Juden unmöglich gemacht, aus den abgetretenen Gebieten in die Slowakei zurückzukehren, unabhängig davon, ob es sich um Ausländer oder tschechoslowakische Staatsbürger handelte. Wir können sogar feststellen, daß sie bis zur Ankunft der ungarischen Organe auf dem abgetretenen Gebiet „zeitweilig interniert“ wurden. Noch am 3. 11. 1938 unterschrieb Wirtschaftsminister Pavol Teplanský eine Anordnung, in der er das Verbot aussprach, Geld, Wertgegenstände und Gut aller Art in das abzutretende Territorium zu überführen. Als die Deportationen am 4. 11. 1938 aufgenommen wurden, diente diese Anordnung als Grundlage, den betroffenen Juden die Mitnahme von mehr als 50 Kronen zu untersagen²⁵.

Nach dem Wiener Schiedsspruch konnte die ungarische Armee die abgetretenen Gebiete der Slowakei zwischen dem 5. 11. und dem 10. 11. 1938 in Besitz nehmen. Im letzten Augenblick, einen Tag vor Beginn der Besetzung der abgetretenen Gebiete durch Ungarn, am 4. 11. 1938 um die Mittagszeit, bekamen die Kreisämter (die kleinsten Verwaltungseinheiten der Slowakei – E. N./V. S.) ein Telephonogramm:

Auf Befehl des Herrn Ministerpräsidenten, J. Tiso, wird folgendes angeordnet: [...] Spätestens bis zum 5. 11. 1938 sind diese Maßnahmen durchzuführen: 1. 1. Aufgrund der Verordnung des Innenministeriums ist es notwendig, spätestens bis zum 4. 11. 1938, 24 Uhr, alle Kreispolizeiwachen wie auch die Truppenleiter der Hlinka-Garde in der Südslowakei anzuweisen, mittellose Juden, die sich in ihren Kreisen aufhalten, zusammen mit ihren Familienangehörigen auf Lastwagen spätestens bis 24 Uhr am 4. 11. 1938 hinter die neue Grenze zu transportieren. 2. Die Juden dürfen nur ein angemessenes Kostgeld in Höhe von 50 Kronen pro Person behalten. 3. Wo

²⁰ Vgl. Slovák vom 3. 11. 1938, Slovenská pravda vom 3. 11. 1938, Slovenská politika vom 3. 11. 1938, Slovenský denník vom 3. 11. 1938.

²¹ Vgl. Slovák vom 4. 11. 1938, Slovenský denník vom 5. 11. 1938, Slovenská politika vom 5. 11. 1938.

²² Vgl. z. B. Slovenský denník vom 4. 11. 1938, Slovenská politika vom 5. 11. 1938.

²³ Vgl. z. B. Lipscher: Die Juden 19.

²⁴ Štátny okresný archív Trnava, Fond Okresný úrad Trnava, Kartón 104, 2250/38. Potulní Cigáni a Židia – odsunutie [Staatliches Kreisarchiv Trnava, Fond Kreisamt Trnava, Kartón 104, 2250/38 – weiter SKA Trnava, Fond KAT].

²⁵ SNA, Fond Ministerstvo hospodárstva, Kartón 1, 550/1938 [Fond Wirtschaftsministerium – weiter Fond WM].

es die lokalen Bedingungen ermöglichen, ist es erforderlich, die Juden einige Kilometer weit in das Innere des abgetretenen Gebietes zu transportieren. 4. Mit Hilfe der Staatsorgane sind die Wohnungen und Geschäftsräume der abgeschobenen Juden abzuschließen und zu versiegeln, ähnlich sind noch vor der Abschiebung die vermögensrechtlichen Verhältnisse zu erforschen. Sofern es welche gibt, ist vor allem auf Spar- und Bankeinlagebücher zu achten [...] 5. Von den amtlichen Dienststellen ist der ‚Zentrale für die Lösung des jüdischen Problems in der Slowakei‘, dem Polizeidirektoriat in Bratislava, Herrn Dr. J. Faláth, ein genaues Verzeichnis aller abgeschobenen Juden sowie ihrer persönlichen Angaben vorzulegen, ebenso ein Verzeichnis aller abgesperrten Wohnungen, Geschäfte und des gesamten sichergestellten Materials. 6. Der Vorlagetermin ist der 6. 11. 1938. 7. Das sichergestellte Material bleibt bei den zugehörigen Dienststellen bis zur nächsten Verordnung.

II. Alle wohlhabenden in der Slowakei niedergelassenen Juden mit einem Vermögen über 500.000 Kronen sind spätestens bis zum 4. 11. 1938, bis 24 Uhr, in zeitweilige Haft zu nehmen, um zu verhindern, daß diese ihr Vermögen in Sicherheit bringen oder transferieren [...] Die kurzfristig Verhafteten sind nicht gleich zu entlassen. Weitere Regelungen erteilt die ‚Zentrale für die Lösung des jüdischen Problems in der Slowakei‘ in Bratislava.

III. Verordnung – Punkt I und II der Verordnung sind nicht auf Juden fremder Staatsangehörigkeit zu beziehen mit Ausnahme der Juden mit polnischer, deutscher, ungarischer und rumänischer Staatsangehörigkeit²⁶.

Der Ministerpräsident der autonomen Regierung Jozef Tiso übernahm mit dieser Anordnung die volle Verantwortung für die „Lösung der jüdischen Frage“ und befahl, die mittellosen Juden aus der Slowakei zu deportieren. Entsprechend des zweiten Teiles der Verordnung wurden die Vertreter der wohlhabenden jüdischen Familien als Geiseln der slowakischen autonomen Regierung genommen, damit ihre Familienangehörigen nicht aus Angst mit ihrem Vermögen das Land verließen. Dies kann man so auslegen, daß die Regierung die Zeit nach dem Wiener Schiedsspruch nutzte, um die mittellosen Juden „loszuwerden“, wobei sie „großzügig“ beschloß, die wohlhabenden Juden weiterhin in der Slowakei zu dulden. Aus der Verordnung läßt sich schließen, daß deren Vermögen der einzige Grund dafür war. Sehr interessant ist auch Punkt I.5 des zitierten Dokumentes: Darin gab die autonome Regierung die Bildung einer besonderen „Zentrale“ bekannt, die für die „Lösung des jüdischen Problems“ sorgen sollte.

In der Verordnung, unterschrieben von Tiso, der nicht nur Ministerpräsident, sondern auch Innenminister war, sind einige Unstimmigkeiten festzustellen. Problematisch ist vor allem der Teil der Verordnung, in dem es einerseits heißt, daß die für die Deportation vorgesehenen Juden mittellos sein sollten. Andererseits wird aber in den nächsten Punkten darauf hingewiesen, daß deren Finanzmittel und Wertgegenstände zurückzuhalten, sogar ihre Wohnungen und Gewerbe zu versiegeln seien. Ein wirklich mittelloser, also armer Mensch, sollte doch über so etwas wie Eigentum gar nicht verfügen. Eine solche Anweisung führte dazu, daß der Begriff „mittellos“, nur vage definiert, nach Gutdünken interpretiert werden konnte. Wir finden also bereits im November 1938 eine Verordnung, die zum Mißbrauch verführte – und dies, obwohl der Ministerpräsident nach geltendem Verfassungsrecht überhaupt nicht berechtigt war, Verordnungen solchen Rechtscharakters zu erlassen.

²⁶ SKA Trnava, Fond KAT, Karton 104, 2246/38.

In diese Aktion wurde die „Hlinka-Garde im Ausland“ (oder „Slowakische Legion“) einbezogen, die auch den bereits erwähnten Leiter der „Zentrale“ Faláth von Wien nach Bratislava entsandte. Dieser führte Verhandlungen mit mehreren Regierungsvertretern inklusive Jozef Tiso, und wie Ivan Kamenec²⁷ anführt, überzeugte er sie davon (wobei nicht bekannt ist, ob unter Druck oder durch Argumente), daß man die erzwungene Grenzänderung mit Ungarn als Gelegenheit für eine radikale „Lösung der jüdischen Frage“ nutzen könne. Faláth rief einige Dutzend Angehörige der „Slowakischen Legion der freien Slowakei“ – im Prinzip eine terroristische Gruppe – herbei, die Hilfsdienste bei der Deportation der Juden leisten sollte. Ihre Teilnahme an der Aktion, z. B. in Nitra, läßt sich nachweisen²⁸.

Die Kreisämter begannen die Deportationen schleunigst durchzuführen. Gleich am 4. 11. 1938 kam es jedoch zu einer Intervention bei Jozef Tiso. Ján Jusko, der Polizeidirektor in Bratislava, und Izidor Koso, der Leiter des Präsidiums des Innenministeriums, suchten den Ministerpräsidenten auf und baten um eine Erklärung. Tiso begründete die Aktion mit der proungarischen Demonstration vom 1. 11. 1938, womit er die Argumentation von Karol Sidor übernahm. Nach den Memoiren von Pavol Čarnogurský²⁹ machte Karol Sidor die Juden für den Verlust des südlichen Gebietes verantwortlich. Tiso übernahm die Forderung der zeitgenössischen Propaganda, die Juden sollten „hingehen, wo es ihnen nach eigenem Gutdünken besser“ gehe. Somit kam es fast noch zu einer Änderung³⁰, während die Aktion bereits lief. Am Abend des 4. 11. 1938 erhielten die Kreisämter ein weiteres Telephonogramm, worin eine neue Weisung bezüglich der verschiedenen Gruppen von Juden enthalten war:

Hinsichtlich der Verfügung zur Übersiedlung und Verhaftung der Juden, die an die Kreisämter weitergeschickt wurde, wird gemäß der Entscheidung des Ministerpräsidenten des Slowakischen Landes folgende Änderung vorgenommen: 1. Juden, Ausländer: polnische, ungarische etc. und Juden ohne Heimatrecht sind sofort, noch vor der Besetzung durch die Ungarn, mit Bussen oder anderen Transportmitteln auf das abgetretene Gebiet, mindestens 20 km weit in das Innengebiet umzusiedeln. 2. Juden, die in der Gemeinde, in der sie sich aufhalten, kein Heimatrecht haben, sind schleunigst in ihre Heimatgemeinde auszuweisen³¹.

Dadurch entstanden bei der Realisierung der ganzen Aktion chaotische Zustände, da die Kreisämter bereits begonnen hatten, die Deportationen gemäß der ersten Verordnung umzusetzen. Wenn wir nur die Dokumente der damaligen Zentralorgane der Slowakei in der Analyse berücksichtigen, könnten wir zu dem Schluß kommen, daß das Wirtschaftsministerium die Deportationen mißbilligte, da es das Innenministerium am 5. 11. 1938 darauf aufmerksam machte, es bestehe „die Gefahr [...], daß viele [...] Betriebe in Stillstand geraten“³². Das Wirtschaftsministerium schlug vor, manchen Personen einen befristeten Aufenthalt (14 Tage) zu gestatten, bis die weitere

²⁷ Kamenec: Po stopách 25.

²⁸ SNA, Fond Krajinický úrad, Karton 309, 70081/1938 [Fond Landesamt – weiter Fond LA]. Meldung des Kreisamtes Nitra an das Landesamt vom 7. 11. 1938.

²⁹ Čarnogurský: 6. Oktober 241 f.

³⁰ Kamenec: Po stopách 26.

³¹ SKA Trnava, Fond KAT, Karton 104, 2246/38.

³² SNA, Fond WM, Karton 1, 611/1938.

Zukunft ihrer Betriebe oder Geschäfte gesichert werden könne. Das Wirtschaftsministerium drängte also nicht aus humanen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen auf eine „Ausnahmeregelung“, wobei dieser Begriff in dem Dokument nicht wörtlich auftaucht. Hinter dem erwähnten Vorschlag standen wahrscheinlich auch Einsprüche von Führungskräften mehrerer bedeutender Betriebe, die infolge der Deportationen hätten geschlossen werden müssen³³.

Das Wirtschaftsministerium legte am 7. 11. 1938 ein weiteres Dokument vor, in dem es der autonomen Regierung neue Vorschläge für das weitere Vorgehen hinsichtlich der „Lösung des jüdischen Problems“ unterbreitete. In drei Punkte gefaßt, wollte das Ministerium folgendes durchsetzen:

– Die Bestrafung derjenigen Juden, die sich der Slowakei gegenüber schuldig gemacht hatten;

– einen Deportationsaufschub für Juden fremder Staatsangehörigkeit von drei Monaten, wenn der Betreffende „unbescholten“ und sein „Verbleib auf dem Gebiet der Slowakei aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich ist“;

– eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis für Juden fremder Staatsangehörigkeit, auf Vorschlag des Wirtschaftsministeriums von der Regierung erteilt, „[...] wenn es sich um Personen handelt, deren Verbleiben hinsichtlich der Volkswirtschaft wünschenswert ist [...]“³⁴. Das Wirtschaftsministerium sah also schon 1938 Ausnahmeregelungen vor, da durch den Verlust eines Fachmannes „auch wenn es ein Jude war“, letzten Endes die slowakische Wirtschaft geschädigt werden mußte. Anzumerken bleibt, daß sich Pavol Teplanský im Slowakischen Rundfunk in anderem Sinne äußerte: „Wir können und wollen nicht dulden, daß Einzelpersonen ohne Zustimmung der Regierung planlos in unsere Volkswirtschaft eingreifen.“³⁵

Zu berücksichtigen ist auch, daß sich gerade das Wirtschaftsministerium der möglichen Folgen hätte bewußt sein sollen, nämlich daß ein Teil des jüdischen und nicht-jüdischen Kapitals nach Prag verschoben wurde. Letztlich konnten die Deportationen auch ein negatives Echo in der ausländischen Presse hervorrufen und dadurch Einschränkungen der Außenwirtschaftskontakte verursachen³⁶.

Josef Tiso befahl am 7. 11. 1938, die Deportationen einzustellen. Die Kreisämter sollten jedoch ausführlich Bericht über die Aktion erstatten, durch die die Regierungsorgane wichtige Informationen über den Verlauf der Deportation zu gewinnen hofften³⁷. Die Aktion hatte jedoch eine Eigendynamik entwickelt, und es war nicht ein-

³³ SNA, Fond WM, Karton 1, 667/1938.

³⁴ SNA, Fond WM, Karton 1, ohne Nummer.

³⁵ Frankfurter Zeitung vom 10. 11. 1938, Národné noviny vom 9. 11. 1938.

³⁶ Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Third Series, Vol. IV., No. 97, Enclosure 2 „Memorandum on the present political situation in Slovakia“: 97. „In addition to all these problems the considerable migration of Jewish capital from Slovak to Prague banks is reckoned a serious source of weakness to the Slovak financial position. The amount estimated to have been transferred runs into milliards of crowns“.

³⁷ SNA, Fond LA, Karton 309, 69987/38.

fach, sie abrupt zu stoppen. Jetzt aber sollte das Landesamt die Angelegenheit abschließen und die Federführung übernehmen. Schon am 8.11.1938 erließ dieses zentrale Verwaltungsorgan der Slowakei eine Anweisung³⁸, die den Vertreibungen den Anschein von Legalität verleihen sollte. Vor allem wurde angeordnet, daß weitere Deportationen von Juden fremder Staatsangehörigkeit gemäß §10 des Gesetzes V/1903 und gemäß Gesetz Nr. 52/1935 durchgeführt werden durften. In erster Linie sollten mittellose Juden ausgewiesen werden. Hinsichtlich der jüdischen Ausländer im Angestelltenverhältnis und der selbständig Erwerbstätigen wurden nachträglich Anweisungen herausgegeben, die sicherstellen sollten, daß wirtschaftliche Interessen des slowakischen Landes nicht geschädigt wurden. Im Hinblick auf die in der Slowakei lebenden Juden tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft wurde angeordnet, daß nur die mittellosen Juden, die Heimatrecht in der Karpathen-Ukraine besaßen, sukzessive umzusiedeln waren. Falls die durchführenden Organe in manchen Fällen Bargeld, Wertgegenstände oder anderes Vermögen auffinden sollten, waren Maßnahmen bezüglich ihrer Rückgabe an die Besitzer oder ihre gesetzlichen Vertreter in die Wege zu leiten. Versiegelte Geschäfte und Gewerbebetriebe sollten freigegeben werden. Vor der Geldrückgabe sollte man sich mit dem jeweils zuständigen Steueramt zum Zweck einer eventuellen Steuerbegleichung in Verbindung setzen. Zum Schluß wurden die untergeordneten Organe darauf aufmerksam gemacht, daß im Polizeidirektoriat in Bratislava kein „Amt für die Lösung des jüdischen Problems“ bestehe³⁹. Die slowakische autonome Regierung hatte also nach nur fünf Tagen die „Zentrale“, die sich der „Lösung des jüdischen Problems“ widmen sollte, stillschweigend aufgehoben. Das Landesamt gab vor, daß es solch eine „Zentrale“ nie gegeben habe. Es schien, als ob nach knapp einer Woche alles wieder in den gewohnten Bahnen verlief. Die Zentralbehörden konnten sich jedoch auf diese Weise des Problems nicht entledigen, das sie nun sozusagen „ex privata industria“ zu lösen begannen. Dabei hätte sich die slowakische autonome Regierung des Umstandes bewußt sein können, daß sie die Juden nicht einfach in die abgetretenen Gebiete deportieren konnte, da die ungarische Seite dies sicherlich nicht einfach hinzunehmen bereit war. Stattdessen begannen die ungarischen Behörden sofort nach der Besetzung des Gebietes damit, die deportierten Juden abzufangen, zu sammeln und wieder an die Grenze zurückzuschicken. Die slowakischen Behörden verweigerten jedoch die Wiedereinreise.

Wie es die tschechische Journalistin Milada Jesenská⁴⁰ formulierte, entstanden im „Niemandland“⁴¹ an der neuen slowakisch-ungarischen Grenze allmählich Internie-

³⁸ „Židovská otázka na Slovensku – pokyny“ [Die jüdische Frage in der Slowakei – Anweisungen]. SNA, Fond WM, Karton 1, 748/1938.

³⁹ SNA, Fond LA, Karton 309, 77 414/1938.

⁴⁰ Siehe Přítomnost vom 29. 12. 1938. Als Vorlage für Milada Jesenská's Artikel diente der bei Peter Heumos veröffentlichte Bericht Marie Schmolkas. Vgl. Heumos: Flüchtlingslager 272f.

⁴¹ „Zwischen den abziehenden und den anrückenden Truppen soll eine neutrale Zone von 3 Kilometer Breite gewahrt werden, um Reibungen zu vermeiden.“ Vgl. z. B. Frankfurter Zeitung vom 6. 11. 1938.

rungslager⁴², in die Hunderte von Juden beiderlei Geschlechts und verschiedenen Alters eingewiesen wurden. Die Lager bildeten sich in den Dörfern Veľký Kýr (344 Personen, davon 120 Männer, 77 Frauen und 105 Kinder – inklusive Säuglingen) und Miloslavov (302 Personen, davon 132 Männer, 73 Frauen und 139 Kinder – inklusive Säuglingen)⁴³.

Die jüdischen Organisationen in der Slowakei bemühten sich, den Lagerinsassen mit Lebensmitteln und Kleidern auszuhelfen, doch die Situation verschlechterte sich zusehends. Darum wandte sich die „Zentralkanzlei der autonomen orthodoxen jüdischen Gemeinde“ mit der Bitte um Hilfe an Jozef Tiso. In dem Brief stand u. a.: „Der Gegenstand dieser ergebenden Bitte ist die Unterbringung derjenigen Personen, die bis Anfang November in der Slowakei wohnhaft waren, damals auf das von Ungarn besetzte Gebiet gebracht und von den ungarischen Behörden vor zwei Wochen zu unserer Grenze zurückgefahren wurden, wo sie sich offenkundig in einer unbeschreiblich verzweifelten Lage befinden. Viele sind infolge von Not und Kälte erkrankt.“⁴⁴ Die Vertreter der „Zentralkanzlei der autonomen orthodoxen jüdischen Gemeinde“ schlugen vor, im Falle einer Einreisegenehmigung Unterkunft, Kost- und Krankenversorgung für ihre Glaubensbrüder sicherzustellen. Darüber hinaus forderten sie die Rückkehrerlaubnis für tschechoslowakische Staatsbürger. In bezug auf die Ausländer drängten sie auf eine befristete Aufenthaltsgenehmigung bis zu deren legaler Ausreise. Anfang Dezember wurde Tiso auch von der Delegation einer anderen jüdischen Organisation, der „Jüdischen Zentralkanzlei“, mit der Absicht aufgesucht, eine Rückkehrbewilligung für die deportierten Juden zu erwirken. Auch hier wurde Hilfe angeboten und die Verpflichtung übernommen, die Aktion zu finanzieren⁴⁵. Slowakische Kreisorgane (Sered' und Bratislava) übermittelten die Informationen über die Juden im „Niemandland“ an das Landesamt⁴⁶. Am 8. 12. 1938 gestattete letzteres den Lagerinsassen die Rückkehr in die Slowakei⁴⁷. Die Juden, die sich an der Grenze befanden und von den benachbarten Ländern nicht aufgenommen worden waren, sollten durch den Kreisleiter hinsichtlich ihrer Identität und Staatsangehörigkeit überprüft werden. Grundsätzlich waren nur diejenigen Personen aufzunehmen, die in Gruppen oder einzeln aus dem verbliebenen Gebiet des slowakischen Landes ausgewiesen worden waren und die bis zur Ausweisung in der Slowakei wohnhaft gewesen waren, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Angehörige des slowakischen Landes, der Karpathen-Ukraine, der böhmischen Länder, Deutschlands oder Polens handelte. Ausgewiesene Juden mit Heimatrecht in Böhmen, der

⁴² Über die Existenz der Internierungslager im Niemandland wußten auch die britischen Botschafter in Prag (Basil C. Newton) und Budapest (G. Knox). Newton dachte, daß sich in diesen Lagern reichsdeutsche Juden oder Juden aus den Sudetengebieten befanden. Documents on British Foreign Policy 1919–1939. London 1950, Third Series, Vol. III., No. 392, 375 f.

⁴³ SNA, Fond LA, Karton 309, 3736/938. – E b e n d a, Meldung des Kreisamtes Bratislava an das Landesamt vom 6. 12. 1938.

⁴⁴ SNA, Fond LA, Karton 309, 3736/976.

⁴⁵ N e u m a n n, Oskar, J.: Im Schatten des Todes. Tel Aviv 1956, 18.

⁴⁶ SNA, Fond LA, Karton 309, 70 414/38 – Meldung des Kreisamtes Bratislava an das Landesamt vom 6. 12. 1938. E b e n d a, Phonogramm Nr. 195.

⁴⁷ SNA, Fond LA, Karton 309, 77 581/38.

Karpaten-Ukraine oder Polen sollten zwangsweise in die Heimatgemeinden ihrer jeweiligen Länder gebracht werden. Juden, die nachweisbar in einer Gemeinde der jetzigen Slowakei Heimatrecht besaßen, sollte gestattet werden, in ihre früheren Wohnorte zurückzukehren. Die übrigen Personen, abgesehen von Juden ungarischer Staatsangehörigkeit, waren in einem Lager zu sammeln und in geeigneten, abseits gelegenen Gebäuden unterzubringen, damit sie nicht in Kontakt mit der Zivilbevölkerung bzw. Armee gerieten und möglicherweise Krankheiten verbreiteten. Die Kreisämter hatten zu diesem Zweck geeignete Gebäude bereitzustellen, die möglichst freistehend und somit leicht zu bewachen waren. Die Personen waren vor der Unterbringung in der „Kolonie“ unbedingt zu desinfizieren. Diese Art der Unterbringung war als vorübergehende Maßnahme konzipiert, bis die Vertreter der „Zentralkanzlei der autonomen orthodoxen jüdischen Gemeinde“ die notwendigen Vorbereitungen für die Auswanderung dieser Personen ins Ausland durchgeführt hatten. Dies sollte nicht länger als bis Anfang März 1939 dauern. Für die Unterbringung, Fahrt, Beköstigung und Krankenversorgung aller in die Heimatgemeinden geschickten wie auch in die „Kolonien“ aufgenommenen Personen sollten die Vertreter der erwähnten „Zentralkanzlei“ bzw. Vertreter der lokalen jüdischen Religionsgemeinde sorgen, deren Beteiligung an der Unterbringungsmaßnahme offiziell gestattet wurde. Diese Organisationen übernahmen alle Ausgaben, so daß dem Slowakischen Land wie auch den einzelnen Gemeinden keine Unkosten entstanden. Solche „Lager“ entstanden in Nitra, im Kreis Zlaté Moravce und in Stadtteil Patrónka in Bratislava⁴⁸. Die Internierungslager an der Demarkationslinie zwischen der Slowakei und Ungarn wurden allmählich aufgelöst. Damit wurden die Deportationen aus Sicht der zentralen Regierungsmacht in der Slowakei beendet. Ein Teil der Juden aus diesen Lagern wanderte allmählich ins Ausland aus⁴⁹.

Die Deportationen wurden aber auf dem „Lande“, innerhalb der einzelnen Kreise der Slowakei vollzogen, wobei es zu Ereignissen kam, die man unserer Ansicht nach typologisieren kann. Aufgrund einzelner Verordnungen, die die Deportationen vom 4. 11. bis 8. 12. 1938 betrafen, sandten die Kreisämter Meldungen über die Aktion nicht nur an die „Zentrale für die Lösung des jüdischen Problems in der Slowakei“ in Bratislava, sondern auch an das Landesamt als höchstem Staatsverwaltungsorgan der Slowakei. Die Kreisämter bzw. die Kreisamtsleiter leiteten sofort nach Erhalt der ersten Verordnung, die die meisten Kreise um die Mittagszeit oder kurz danach (zwischen 12.30 und 15.00) erreichte, bereits ausgearbeitete Verordnungen an die Polizeiwachen ihres Kreises weiter, um die Deportationsmaßnahmen sofort aufnehmen zu können. Nach dem Wiener Schiedsspruch gab es in der Slowakei 62 Kreise. Es scheint, daß in den meisten diese Aktionen auch durchgeführt worden sind. Eine Ausnahme stellten fünf ostslowakische Kreise⁵⁰ dar, deren Kreisämter die Verordnungen vom 4. 11. 1938 nicht erhalten hatten⁵¹. Die Behörden in Giraltovcе, Medzilaborce

⁴⁸ SNA, Fond LA, Karton 309, 77 581/1938, Meldung der Polizeidirektion Bratislava an das Landesamt vom 31. 1. 1939. Meldung des Kreisamtes Nitra an das Landesamt vom 21. 1. 1939.

⁴⁹ E b e n d a. – Vgl. auch K a m e n e c: Po stopách 29.

⁵⁰ Kreise: Giraltovcе, Medzilaborce, Stropkov, Trebišov, Vranov.

⁵¹ SNA, Fond Kancelária predsedu vlády [Fond der Kanzlei des Ministerpräsidenten – weiter

und Vranov setzten dann offensichtlich alles daran, die Vertreibungen zumindest nachträglich durchzuführen.

In Kysucké Nové Mesto dagegen unterblieben die Deportationen. Das Kreisamt begründete dies damit, daß sich auf dem Gebiet des Kreises keine Juden befanden, auf die sich die genannte Verordnung beziehen würde, und daß man die „polsischen“ Juden nicht an die ungarische Grenze schicken könne⁵². Fünf Kreisämter merkten an, daß die Verordnung ungenau, sogar chaotisch sei, was Probleme bei ihrer Realisierung verursachte oder zur Folge hatte, daß sie in jedem Kreis anders umgesetzt wurde bzw. andere Gruppen von Juden getroffen hat⁵³. Doch nicht einmal die Ungenauigkeit der Verordnung bzw. das Chaos der Durchführung hatte die Außerkraftsetzung der Verordnung vom 4. 11. 1938 zur Folge.

Auf die möglichen negativen wirtschaftlichen Folgen der Aktion hatten bereits zu Anfang einige Kreisleiter aufmerksam gemacht. Den umfangreichsten Bericht über mögliche wirtschaftliche Auswirkungen der Aktion erstattete das Kreisamt in Nové Mesto nad Váhom: „[...] Das Kreisamt hat die Durchführungsmöglichkeiten dieser Verordnung bedacht, kam aber zur Überzeugung, daß die Durchführung dieses Befehls im Kreis Nové Mesto nad Váhom auf unüberwindbare Hindernisse stößt bzw. mit sehr schädlichen Folgen verbunden ist, die das öffentliche Wirtschaftsleben so beeinflussen, daß es zu einer Katastrophe führen kann.“⁵⁴ Trotz der angeführten Einwände wie auch der logischen Begründung möglicher negativer wirtschaftlicher Auswirkungen wurde die Aktion in allen genannten Kreisen durchgeführt.

Die unpräzisen Formulierungen in den Verordnungen vom 4. 11. bis 7. 11. 1938 lösten viele Anfragen seitens der Kreisämter aus, in denen es entweder um das Transportproblem oder die Frage der beschlagnahmten Wertgegenstände und Geldmittel ging. Aufgrund der Meldungen aus 18 Kreisen wissen wir ungefähr, wohin die Juden deportiert wurden⁵⁵. Sieben Kreisämter ließen sich vom Landesamt informieren, wer die durch die Deportationen entstandenen Kosten übernehmen sollte⁵⁶. Mehrere

Fond KM], Karton 1, 549/38. – SNA, Fond LA, Karton 309, Meldung des Kreisamtes Michalovce an das Landesamt vom 19. 11. 1938 und Meldung des Kreisamtes Giraltovec an das Landesamt vom 8. 11. 1938.

⁵² SNA, Fond LA, Karton 309, Meldung des Kreisamtes Kysucké Nové Mesto an das Landesamt vom 7. 11. 1938 und 9. 2. 1939.

⁵³ Kreise: Banská Štiavnica, Brezno, Ilava, Kežmarok, Spišská Stará Ves.

⁵⁴ SNA, Fond LA, Karton 309, ohne Nummer, Meldung des Kreisamtes Nové Mesto nad Váhom an das Landesamt vom 6. 11. 1938. Vgl. z. B. Meldung des Kreisamtes Banská Štiavnica an das Landesamt vom 8. 11. 1938, Meldung des Kreisamtes Čadca an das Landesamt (ohne Datum), Meldung des Kreisamtes Revúca an das Landesamt vom 7. 11. 1938, Meldung des Kreisamtes Sobrance an das Landesamt vom 10. 11. 1938.

⁵⁵ SNA, Fond LA, Karton 309, Die Meldungen der Kreisämter: Kreis Banská Bystrica – Lučenec, Kreis Bardejov – Dorf Čaňa, Kreis Čadca – Levice, Kreis Giraltovec – Dörfer Seňa und Barca, Kreis Hlohovec – Galanta, Kreis Ilava – Vráble, Kreis Kežmarok – Rožňava und Jelšava, Kreis Krupina – Dorf Tompa, Kreis Malacky – Dunajská Streda, Kreis Námestovo – Krupina, Kreis Piešťany – Nové Zámky, Kreis Spišská Nová Ves – Richtung Rožňava – Košice, Kreis Spišská Stará Ves – Plešivec, Kreis Sobrance – Mukačevo, Kreis Topolčany – Nové Zámky, Kreis Trenčín – Šafa, Kreis Zlaté Moravce – Želiezovce, Kreis Žilina – Levice.

⁵⁶ SNA, Fond LA, Karton 309, Meldungen der Kreisämter an das Landesamt: Bardejov (9. 11. 1938), Čadca (7. 11. 1938), Ilava (10. 11. 1938), Námestovo (8. 11. 1938), Piešťany (18. 11. 1938), Spišská Stará Ves (8. 11. 1938), Trstená (15. 11. 1938).

Kreisämter merkten an, daß es problematisch sei, den Transport überhaupt zustandezubringen, da viele Fahrzeuge seit der Mobilmachung noch nicht zurückgekehrt [gemeint ist die Mobilmachung vor dem Münchner Abkommen – E.N./V.S.] bzw. für die Evakuierung der an Ungarn abgetretenen Gebiete benötigt würden. Die Kreisämter benutzten daher für den Transport meist PKW, Busse oder LKW. In dieser Hinsicht ist eine Angabe aus dem Kreis Hlohovec⁵⁷ interessant, wonach für den Transport auch ein Güterzug mit drei Waggons eingesetzt wurde, in dem 101 Juden deportiert wurden – ein böses Vorzeichen für das, was die Juden später bei den Massentransporten in die Vernichtungslager erwartete. Aber auch die Transportprobleme, die der autonomen Regierung bekannt waren, haben nicht die Aufhebung der Aktion veranlaßt.

Das zweite Problem in den Anfragen der Kreisämter betraf Fragen, was mit den versiegelten Wohnungen, Geschäften, Werkstätten bzw. den beschlagnahmten Finanzmitteln oder Wertgegenständen zu geschehen habe. Die Schwierigkeiten verschärften sich, als ein Teil der Deportierten zurückkehrte und die Rückgabe ihres Vermögens oder ihrer Immobilien verlangte, womit die autonome Regierung offensichtlich nicht gerechnet hatte, denn in den Verordnungen vom 4. 11. bis 7. 11. 1938 war dieser Umstand nicht geregelt worden. Das Problem bestand auch darin, daß sich in den sichergestellten Geschäften auch Ware befand, die verderben konnte, und daß damit materielle Verluste entstanden. Diese Frage wurde letztlich durch eine Anordnung des Landesamtes vom 8. 11. 1938 gelöst: „Wenn die untergeordneten Organe in manchen Fällen Bargeld, Wertgegenstände oder Vermögen anderer Art sichergestellt haben, ist eine Maßnahme zwecks ihrer Rückgabe [...] durchzuführen. [...] Versiegelte Wohnungen sind auf Aufforderung ihrer Besitzer freizustellen“⁵⁸.

Angaben über versiegelte Wohnungen lassen sich nur in 19 Meldungen, Hinweise auf versiegelte Geschäfte nur in Berichten aus 15 Kreisen finden, zu Werkstätten existieren nur zwei Vermerke aus Banská Štiavnica und Trnava. Aus den Meldungen kann man auch herauslesen, daß Geld sowie Wertgegenstände der Deportierten in 17 Kreisen beschlagnahmt wurden. Diese quantitative Analyse bedeutet aber nicht, daß es in anderen Kreisen nicht zu ähnlichen Erscheinungen gekommen wäre. Widersprüche, zu denen es entweder aus Nachlässigkeit oder aufgrund der Schnelligkeit kam, mit der die Deportationen durchgeführt worden waren, und widersprüchliche Zusammenstellungen von Verzeichnissen über das bewegliche Gut und Immobilien haben sicher nicht zum guten Ruf der neuentstehenden Staatsverwaltung beigetragen, sondern bewirkten eher einen Verlust ihrer Glaubwürdigkeit. Es finden sich mehrere Namenslisten, in denen das Eigentum ein und derselben jüdischen Bürger binnen weniger Tage in verschiedener Höhe angegeben wurde. Solche Differenzen sind mit eigenmächtigen Aneignungen oder mit Korruption von Kreisbeamten zu erklären⁵⁹.

⁵⁷ SNA, Fond LA, Karton 309, 72 077/38, Meldung des Kreisamtes Hlohovec an das Landesamt vom 16. 11. 1938.

⁵⁸ SNA, Fond LA, Karton 309, 70 414/1938. Anweisung des Landesamtes „Die jüdische Frage in der Slowakei – Anweisungen“ vom 8. 11. 1938.

⁵⁹ Z. B. SNA, Fond LA, Karton 309, Meldung des Kreisamtes Nitra an das Landesamt vom 7. 11. 1938. – Státny okresný archív Nitra, Fond Okresný úrad Nitra [Staatliches Kreisarchiv

In zwei Kreisen (Banská Bystrica und Trenčín) haben die Kreisorgane heimgekehrte Juden umgehend noch einmal deportiert⁶⁰. In vier Kreisen (Bánovce n. Bebratou, Giraltovece, Sabinov, Trstená) fanden wir in den Meldungen der Kreisleiter immerhin eine Andeutung humanen Verhaltens. In diesen Kreisen wurde die Ausweisung einiger kranker jüdischer Mitbürger hinausgeschoben. Schon aus der Verordnung vom 4. 11. 1938 ergibt sich, daß die Aktion auf Kreisebene von der Kreisverwaltung (dem Kreisamt) mit Hilfe der Polizei und Hlinka-Garde organisiert werden sollte. Nur in der Meldung des Kreisamtes in Giraltovece wird mitgeteilt, daß hier keine Einheiten der Hlinka-Garde zur Verfügung standen⁶¹. Das Kreisamt in Kežmarok meldete die Teilnahme der Freiwilligen Schutzstaffeln [bewaffneter Bestandteil der Deutschen Partei – E. N./V. S.] an der Deportation. In vier Kreisen haben die Kreisämter die Hilfe des Militärs in Anspruch genommen (nur im Kreis Humenné erfolgreich)⁶². Über massive Übergriffe, die über den Rahmen der Anordnungen hinausgingen, sind wir nur aus Nitra und Kežmarok informiert.

Im Kreis Kežmarok kam es zu einem Pogrom. In der Meldung des Kreisleiters vom 8. 11. 1938 steht zu lesen⁶³:

[...] in der Aktion [d. h. die Deportationen – E. N./V. S.] haben der Nationalrat, die Hlinka-Garde und Freiwillige Schutzstaffel geholfen. Diesen Organisationen haben sich auch Jugend- und Studentengruppen zugesellt, die dieser Aktion durch ihren unverantwortlichen Einsatz nicht dienlich waren. Diese Gruppen gingen dazu über, Hausdurchsuchungen vorzunehmen und Geld zu beschlagnahmen. Sie haben begonnen, sich Exekutivbefugnisse anzueignen.

Aus Nitra stammt eine Meldung, die die Teilnahme der sogenannten Slowakischen Legion dokumentiert. Über die Beteiligung von Angehörigen dieser unter Führung des bereits erwähnten Faláths aus Wien gekommenen Gruppe an der Deportationsaktion zeigten sich die Kreisorgane, die Hlinka-Garde und HSĽS hochzufrieden. Als allerdings diese sogenannten Legionäre in der Nacht zum 5. 11. 1938 weitere Hausdurchsuchungen durchführten und dabei Geld und Wertgegenstände beschlagnahmen – diese „Nachtaktion“ richtete sich nicht nur gegen Juden, sondern auch gegen Slowaken und Ungarn –, gingen Hlinka-Garde und Kreispolizeiorgane gegen diese Gruppe vor, und die „Legionäre“ mußten daraufhin nach Bratislava zurückkehren⁶⁴.

In der Meldung des Kreisamtes in Banská Štiavnica findet sich auch die Anmerkung, daß „Mitglieder der Hlinka-Garde trotz des ausdrücklichen Verbotes des Kreisamtes

Nitra, Fond Kreisamt Nitra], Karton 40, 993/38, Meldung des Kreispolizeiorgans Nitra vom 6. 11. 1938.

⁶⁰ SNA, Fond LA, Karton 309, Meldung des Kreisamtes Banská Bystrica an das Landesamt vom 8. 11. 1938, Meldung des Kreisamtes Trenčín an das Landesamt vom 17. 1. 1938.

⁶¹ SNA, Fond LA, Karton 309, Meldung des Kreisamtes Giraltovece an das Landesamt vom 8. 11. 1938.

⁶² SNA, Fond LA, Karton 309, Meldung des Kreisamtes Humenné an das Landesamt vom 5. 11. 1938.

⁶³ SNA, Fond LA, Karton 309, Meldung des Kreisamtes Kežmarok an das Landesamt vom 8. 11. 1938.

⁶⁴ SNA, Fond LA, Karton 309, Meldung des Kreisamtes Nitra an das Landesamt vom 7. 11. 1938.

an den Juden brutale und unchristliche Taten begingen.“⁶⁵ Wir denken, daß eben diese Mitteilung ein Abbild dessen ist, was in allen Kreisen wirklich geschah, wovon die Kreisleiter jedoch keine Meldung erstatteten. Nachts, bei Regen und Kälte Leute zusammenzutreiben, inklusive Greisen und Kindern (auch Säuglingen), um sie anschließend irgendwohin zu fahren, war sicherlich eine Tat, die nur durch feste Entschlossenheit, Fanatismus oder aber durch große Angst veranlaßt werden konnte.

Auch auf die Realisierung des nächsten Teiles der Verordnung vom 4. 11. 1938, die Festnahme der wohlhabenden Juden bzw. ihre Internierung als Geisel für den Fall, daß ihre Familienangehörigen mit dem Familienvermögen emigrieren wollten, sollte kurz eingegangen werden. Hinweise auf solche Internierungen finden sich in nur 14 Meldungen. In diesen Kreisen wurden insgesamt 203 jüdische Einwohner interniert. Im Kreis Ružomberok bekamen sie nur Hausarrest, so daß ihre Anzahl nicht dokumentiert wurde. In den meisten Kreisen dauerte die gesetzeswidrige Internierung vom 4. 11. 1938 bis 5. 11. 1938. Nach unseren bisherigen Kenntnissen wurden die Internierten in den Kreisen Banská Štiavnica, Levoča, Skalica und Spišská Nová Ves erst am 7. 11. 1938 entlassen. Im Levoča erfolgte die Freilassung sogar erst nach Hinterlegung einer Kaution in Höhe von 10000 Kronen für jeden Festgenommenen⁶⁶. Die Regierung hat dadurch gegen das Recht auf Bewegungsfreiheit verstoßen.

Abschließend soll die Anzahl der in den Novembertagen deportierten jüdischen Bürger geschätzt werden. Hier ist festzuhalten, daß genaue Namenslisten der Deportierten nur aus 19 Kreisen erhalten sind. Es ist auch schwierig, genaue Zahlenangaben über die Deportierten zu finden, denn die Kreisämter zeigten nicht immer genaue Zahlen an oder sie sind eventuell nicht erhalten geblieben. Die meisten Festgenommenen stammten aus Bratislava – „etwa 4000“, wie es die Meldung des Präsidiums der Polizeidirektion in Bratislava an das Präsidium des Landesamtes vom 9. 11. 1938⁶⁷ angibt. Wie wir festgestellt haben, wurden insgesamt, ohne Bratislava, zirka 3500 jüdische Bürger, also gemeinsam mit Bratislava über 7500 Juden ausgewiesen. Die größte Anzahl der deportierten Juden stammte aus den Kreisen Michalovce – 292, Kežmarok – 237, Poprad – 228, Nitra – 205, und Prešov – 197. Mit Ausnahme von Nitra handelte es sich hier um die östlichen Kreise, in denen auch die Mehrheit der Juden in der Slowakei lebte. Die angefügte Tabelle zeigt deutlich, daß wir über die Zurückgekehrten nur lückenhaft informiert sind, da die Kreisämter selbst oftmals die Rückkehr der überwiegenden Mehrheit oder fast aller Deportierten angegeben haben bzw. eine Meldung in dieser Angelegenheit schlicht unterließen.

In dieser Perspektive muß die Aktion der autonomen Regierung als mißlungen bezeichnet werden. Die meisten der Deportierten kehrten wieder nach Hause zurück.

⁶⁵ SNA, Fond LA, Karton 309, Meldung des Kreisamtes Banská Štiavnica an das Landesamt vom 8. 11. 1938.

⁶⁶ SNA, Fond LA, Karton 309, Meldungen aus den Kreisen: Bánovce nad Bebravou, Banská Štiavnica, Banská Bystrica, Bratislava, Brezno, Humenné, Kežmarok, Levoča, Malacky, Ružomberok, Skalica, Spišská Nová Ves, Spišská Stará Ves, Sobrance.

⁶⁷ SNA, Fond LA, Karton 309, 71 525/38. Meldung des Präsidiums der Polizeidirektion in Bratislava an das Präsidium des Landesamtes vom 9. 11. 1938.

Individuelle Schicksale dieser Menschen in den November-Dezembertagen von 1938 lassen sich nur bruchstückhaft nachzeichnen. Die Erschütterung muß um so größer gewesen sein, als die vorige Erste Tschechoslowakische Republik ein demokratischer Staat war, in dem sich auch die jüdischen Bürger sicher fühlen konnten. Aus diesem Grunde sind auch die Informationen über das Echo der Maßnahmen in der Slowakei interessant. Logischerweise bewegten sich die Reaktionen der jüdischen Gemeinden zwischen Passivität, Panik und Angst bis hin zu „freiwilligen“ Gaben und Loyalitätsbekundungen der slowakischen Regierung gegenüber. In drei Kreisen hat die jüdische Gemeinde „freiwillige“ Gaben (Banská Bystrica 1380000 Kronen; Brezno 35300 Kronen; Čadca 250 000 Kronen) an die Kreisorgane abgegeben. Die Juden in Žilina erklärten sogar ihre Entschlossenheit, allen Weisungen der slowakischen Regierung auch in Zukunft unbedingten Gehorsam leisten zu wollen⁶⁸.

Aus den Meldungen von acht Kreisämtern kann man teilweise auch die Reaktion anderer Bürger herauslesen. So gab das Kreisamt in Banská Štiavnica an:

[...] unbequeme Juden [...] wurden am Abend und nachts festgenommen und in der Nacht mit drei Lastkraftwagen befehlsgemäß an die ungarische Grenze, in die zu besetzenden Gebiete hinausgefahren – diese Handlung und Lösung wurde allgemein auch in christlichen Kreisen für unmenschlich grausam gehalten, um so mehr, weil es eben in der Nacht vom 4.11. zum 5.11. 1938 sehr kalt war und stark regnete⁶⁹.

Ähnliche Meldungen finden wir auch in den Kreisen Prešov, Spišská Nová Ves und Sabinov. Doch auch vier zustimmende Äußerungen zu den Deportationen sind dokumentiert (Brezno, Poprad, Topoľčany, Trstená). Das Kreisamt in Brezno erklärte u. a., „daß das harte und rücksichtslose Verfahren den Juden und überhaupt fremden Elementen gegenüber gutgeheißen und weiter erwartet wird“⁷⁰. Anzumerken ist, daß der zeitgenössischen slowakischen Presse keine Informationen über dieses Problem und diese Vorgänge zu entnehmen sind, denn wie eine umfangreiche Auswertung⁷¹ zeigt, wurden Zeitungsartikel zu dieser Thematik nur in geringem Umfang veröffentlicht⁷². Es gibt keinen einzigen Aufsatz, der die Situation analysiert hätte. Die Reaktion der Bürger wurde gar nicht berücksichtigt. Auch diese Tatsache ist für uns ein Beweis dafür, daß die Vertreter der autonomen Regierung und der HSĽS sich der Fragwürdigkeit der ganzen Aktion bewußt waren und sich ihrer nicht rühmen

⁶⁸ SNA, Fond KM, Karton 2, 614/38.

⁶⁹ SNA, Fond LA, Karton 309, 70081/38, Meldung des Kreisamtes Banská Štiavnica an das Landesamt vom 8.11.1938.

⁷⁰ SNA, Fond LA, Karton 309, Meldung des Kreisamtes Brezno an das Landesamt vom 8.11.1938.

⁷¹ Slowakische Zeitungen: Slovák, Slovenská politika, Slovenský denník, Slovenská kultúra, Kultúra, Politika, Prúdy, Nástup, Roľnícke noviny, Hospodárske rozhľady, Bratislavský A-ZET, Pohronské noviny, Štiavničian, Náš cieľ, Gazdovské noviny, Slovenský ľud, Banská Kremnica, Podtatranský kraj, Národný týždenník, Zem, Vól'a ľudu, Slovenský juh, Šariš, Náš kraj, Gemer-Malohont, Moravskoslovenské pomedzie, Spišské hlasy, Liptovské hlasy, Topoľčianske noviny, Trenčan, Slovenské listy, Stredoslovenské noviny, Slovenský hlas, Národný hlasník, Trnavské noviny, Nové Slovensko.

⁷² Einige wenige Informationen gibt es in: Slovenský denník vom 8.11.1938, Stredoslovenské noviny vom 11.11.1938, Národný hlasník vom 11.11.1938 und Slovenský denník vom 18.11.1938.

wollten. Andererseits wirkten sich Zensur und Selbstzensur voll aus. Im Ausland wurde dagegen über die Deportationen umfangreich informiert (z. B. in Deutschland⁷³, USA⁷⁴, England⁷⁵, Frankreich⁷⁶, Böhmen⁷⁷, Schweiz⁷⁸, Rumänien⁷⁹, Ungarn⁸⁰).

Zum Schluß unserer Betrachtung könnte man die Frage stellen, ob ein Vergleich mit der Reichspogromnacht in Deutschland angebracht ist. Tatsächlich sind die Ähnlichkeiten eher zufällig, vor allem angesichts der für die Slowakei spezifischen Ursachen. In der Zeit der Ersten Tschechoslowakischen Republik gab es keinen nennenswerten politisch organisierten Antisemitismus. Antijüdische Vorbehalte kamen vor allem aus der Presse der HSĽS. Auf Parlamentsebene hörte man dagegen kaum antisemitische Äußerungen. Deswegen überrascht die Schnelligkeit und Willfährigkeit der Bürokratie, mit denen die Judendeportationen im November 1938 realisiert wurden.

Die Judendeportationen vom November 1938 waren eine unmittelbare Reaktion der slowakischen Regierung auf den Ersten Wiener Schiedsspruch. Wenige Wochen nachdem die Autonomie erreicht war und die HSĽS die Regierung stellte, mußte sie eine außenpolitische Niederlage hinnehmen, die alles bisher Erreichte in Frage stellte. Tiso und seine Mitstreiter brauchten einen „Sündenbock“ für die in Wien erlittene Niederlage und machten kurzerhand die Juden für die Gebietsverluste verantwortlich. Das Gefühl der politischen Führungsschicht, erneut Opfer von Fremdbestimmung zu sein, führte zu einem verstärkten Fremdenhaß, der eine radikale Lösung begünstigte. Daher war die an sich bedeutungslose antislowakische Demonstration einiger Juden in Bratislava am 1. 11. 1938 ein willkommenen Anlaß für die Regierung, gegen die Juden insgesamt vorzugehen. Nun wirkte sich verhängnisvoll aus, daß die Juden die einzige „Minderheitengruppe“ war, die in der Slowakei keine Schutzmacht hatte.

Rasch erwies sich der Plan, die Folgen der Gebietsabtretung auf Kosten der jüdischen Bürger zu mildern, als unrealistisch. Warum sollte die ungarische Regierung die Juden der Slowakei in ihr Gebiet aufnehmen? Nach wenigen Tagen und Wochen mußte die slowakische Regierung den Rücktransport der deportierten Juden anordnen. Obwohl vorab durchaus zu erkennen gewesen wäre, daß die ungarische Regierung „das Spiel nicht mitspielen würde“, führte man die Deportationen zunächst ohne Zögern durch. Dies band Kapazitäten, die eigentlich für die Evakuierung der

⁷³ Völkischer Beobachter vom 9. 11. 1938 und 13. 11. 1938, Angriff vom 9. 11. 1938, Der Führer vom 8. 11. 1938, Volksgemeinschaft vom 15. 11. 1938, Frankfurter Zeitung vom 9. 11. 1938, Frankfurter Zeitung vom 10. 11. 1938, Der Alemann vom 15. 11. 1938, Deutsche Allgemeine Zeitung vom 15. 11. 1938, Freiburger Zeitung vom 15. 11. 1938.

⁷⁴ The New York Times vom 5. 11. 1938, 6. 11. 1938, 8. 11. 1938 und 10. 11. 1938.

⁷⁵ The Jewish Chronicle vom 11. 11. 1938, 18. 11. 1938 und vom 25. 11. 1938.

⁷⁶ Pariser Zeitung vom 9. 11. 1938.

⁷⁷ Lidové noviny vom 2. 12. 1938, Přítomnost vom 29. 12. 1938.

⁷⁸ Neue Zürcher Zeitung vom 8. 11. 1938, Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung vom 24. 11. 1938.

⁷⁹ Bukarester Tageblatt vom 6. 11. 1938.

⁸⁰ Pester Lloyd vom 8. 11. 1938, 10. 11. 1938 und 18. 11. 1938.

abzutretenden Gebiete dringend erforderlich gewesen wären. Drei Handlungsebenen sind bei den Deportationen vom November 1938 zu unterscheiden:

1) Die von Regierung und Presse aufgeheizte Stimmung gab die jüdischen Bürger für Rachezüge und Ausplünderungen frei, die sich in dem Kreis Kežmarok zu einem lokalen Pogrom steigerten. Fanatismus und Endzeitglaube bestimmten vor allem das Auftreten der Hlinka-Garde. Sie trieb nachmittags und nachts die „unnötigen Juden“ zusammen – Männer, Frauen, Kinder, Alte, ganz unterschiedslos – verstaute sie auf Lastwagen und deportierte sie in die abgetretenen Gebiete.

2) Ohne die Beteiligung der Verwaltung, ihre ordnende und planende Tätigkeit, wäre ein Massenexodus kaum möglich gewesen. Der entscheidende Anstoß ging von den Zentralorganen aus. Das Ministerpräsidium, das Innenministerium, das Wirtschaftsministerium und das Landesamt arbeiteten eng zusammen. Eine neue Regierungsinstanz, die „Zentrale für die Lösung des Jüdischen Problems in der Slowakei“, sollte die Deportationen koordinieren. Untergeordnete Kreisverwaltungen und Polizeiorgane realisierten unmittelbar und ohne Widerstand die Verordnungen, die aus Bratislava eintrafen. Als vier Jahre später die Juden in die Vernichtungslager deportiert wurden, konnte die slowakische Regierung bereits auf ihre Erfahrung bei der Ausweisung großer Gruppen in wenigen Tagen zurückgreifen (Vorbereitung der Namenslisten, Sammlung der auszuweisenden jüdischen Bürger, Aufbau von Internierungslagern, Transport, Bewachungspersonal, Koordination zwischen den beteiligten staatlichen Organen, der HSĽS und der Hlinka-Garde, Beschlagnahme des Besitzes der Juden).

3) Die politische Verantwortung für die Deportationen lag ausschließlich bei Jozef Tiso. Da zu dieser Zeit kein beschlußfähiges politisches Organ existierte, entschied er allein. Die Realisierung der Novemberdeportationen stand im Widerspruch zur tschechoslowakischen Verfassung, die immer noch in Kraft war. Sowohl Tiso als auch die slowakische Regierung sowie das später gewählte Parlament waren sich des Unrechts bewußt. Am 5. 6. 1940, also fast zwei Jahre später, hat das slowakische Parlament ein Gesetz mit Verfassungsrang verabschiedet, das u. a. die Deportationen rückwirkend legalisierte⁸¹.

Bei alledem verfolgte Tiso seine eigene antisemitische Linie. Sie hatte ihre Wurzeln im autochthonen katholischen Antisemitismus der Vorkriegsjahre. Dies macht eine Äußerung Tisos vom Februar 1939 deutlich: „Das Judentum wird aus unserem nationalen Leben endgültig ausgeschlossen, weil es in der Slowakei immer ein Element der Zersetzung war und als Hauptträger marxistischer und liberaler Ideen wirkte. Dieses Volk ist eine große moralische Gefahr wegen seines Wuchers, seiner Betrügereien und seiner Wollust. Deshalb hatte es das christliche Mittelalter im Ghetto eingeschlossen, das es nicht verlassen durfte.“⁸² Am 9. 2. 1939, also nach den Novemberdeportationen, erklärte Tiso freilich: „Die jüdische Frage wird in der Slowakei gerecht, sozial und menschlich gelöst werden.“⁸³ De facto bedeuteten die Deportationen für die

⁸¹ Slovenský zákonník 1940 [Slowakisches Gesetzbuch 1940] 226f.

⁸² Lipscher: Die Juden 186.

⁸³ Slovák vom 10. 2. 1939.

jüdischen Bürger Angst, Schrecken, Ausgeliefertsein, Armut und Unsicherheit. In der Zeit der Ersten Tschechoslowakischen Republik hatten sich die Juden noch als freie Bürger fühlen können. Nun brachte die junge slowakische Autonomie das Ende des normalen zivilisierten Lebens.

*Deportierte Juden in den einzelnen Kreisen*⁸⁴

Kreis	Deportierte	Rückkehrer
Bánovce nad Bebravou	62	16
Banská Štiavnica	52	Zahl unbekannt
Banská Bystrica	40	14
Bardejov	110	„fast alle“
Bratislava	260	Zahl unbekannt
Bratislava (Stadt)	4000	Zahl unbekannt
Brezno	37	20
Čadca	16	7
Dobšiná	Zahl unbekannt	7
Gelnica	47	„fast alle“
Giraltovce	69	Zahl unbekannt
Hlohovec	101	„fast alle“
Hnúšťa (Rimavská Sobota)	1 Person + 4 Familien	Zahl unbekannt
Humenné	123	„fast alle“
Ilava	21	Zahl unbekannt
Kežmarok	237	Zahl unbekannt
Kremnica	1	0
Kysucké Nové Mesto	0	0
Krupina	32	Zahl unbekannt
Levoča	Zahl unbekannt	Zahl unbekannt
Lovinobaňa	1	Zahl unbekannt
Liptovský Mikuláš	Zahl unbekannt	Zahl unbekannt
Malacky	28 Familien	0
Martin	20	3
Medzilaborce	20	Zahl unbekannt
Michalovce	292	etwa 250
Modra	14	5
Modrý Kameň	8	0
Myjava	Zahl unbekannt	1
Námestovo	33	33
Nová Baňa	3	0
Nitra	205	67
Nové Mesto nad Váhom	76	„fast alle“
Piešťany	101	8
Poprad	228	Zahl unbekannt
Prešov	197	Zahl unbekannt
Prievidza	Zahl unbekannt	4
Považská Bystrica	Zahl unbekannt	Zahl unbekannt
Púchov	Zahl unbekannt	Zahl unbekannt
Pukanec	Zahl unbekannt	Zahl unbekannt
Revúca	41	Zahl unbekannt

⁸⁴ Das Zahlenmaterial entstammt Meldungen der Kreisbehörden an die Zentralverwaltungsorgane.

Kreis	Deportierte	Rückkehrer
Ružomberok	14	Zahl unbekannt
Senica	21	1
Sabinov	143	141
Skalica	22	0
Snina	99	Zahl unbekannt
Sabinov	143	141
Skalica	22	0
Spišská Nová Ves	27	„fast alle“
Spišská Stará Ves	95	Zahl unbekannt
Sobrance	102	Zahl unbekannt
Stará Ľubovňa	49	0
Sereď	Zahl unbekannt	Zahl unbekannt
Stropkov	0	0
Topoľčany	67	17
Trebišov	0	0
Trenčín	84	Zahl unbekannt
Trnava	30 + eine Familie	10
Trstená	23	Zahl unbekannt
Veľká Bytča	Zahl unbekannt	Zahl unbekannt
Vranov	Zahl unbekannt	Zahl unbekannt
Zlaté Moravce	83	8
Zvolen	Zahl unbekannt	4
Žilina	106	Zahl unbekannt